



„Waldgänger“ im „Zeitalter der Anbräuner“

☒ Wer radikale Politik mit dem Anspruch des total Guten rechtfertigen will, braucht ein Gegengewicht – das total Böse. Als das total Böse wird nicht etwa der Totalitarismus an sich, in seinen vielschichtigen Ausprägungen ausgemacht, sondern einzig der Nationalsozialismus. Da die Neonazis, die Holocaustleugner, die Hitlerrelativierer aber von so geringer Zahl sind, dass sie als Feindbild zur Rechtfertigung radikaler, totalitärer Politik nicht ausreichen, muß man sich seine eigenen Nazis schaffen. Wer bietet sich dafür besser an, als der politische Gegner?

(Von Selberdenker)

Die Diktaturen können von der reinen Zustimmung nicht leben, wenn nicht zugleich der Haß und mit ihm der Schrecken die Gegengewichte gibt. (Waldgang, Kapitel 3)

Wer regelmäßiger Leser von Medien wie PI ist und Ernst Jüngers „Waldgang“ noch nicht gelesen hat, [sollte das dringend nachholen](#). Ich erhebe nicht den Anspruch, das Werk umfassend verstanden oder richtig gedeutet zu haben. Bei der Lektüre hatte ich aber gleich mehrfach den Eindruck, dass das Buch (Erstausgabe 1951) heute hätte geschrieben sein können. Parallelen zu den Ereignissen von heute springen einem derart deutlich ins Gesicht, machen das Buch so lebendig, dass es

wirklich verblüfft. Zudem ist es eine Anleitung, ein Bestärker im Widerstand gegen eine scheinbar übermächtige Entwicklung, die einen ständig in die Versuchung zur inneren Kapitulation treibt.

Jünger schreibt über den Widerstand gegen Diktaturen. Wir leben noch in keiner Diktatur, meine ich, doch findet eine Entwicklung zum Totalitarismus statt. Es ist eine Art Gesinnungstotalitarismus, in dem faschistoide Rotten im Mäntelchen des guten Anti-Faschismus der ideologisch herrschenden Klasse gewalttätig Schützenhilfe leisten.

Obwohl der Zustand der Diktatur noch nicht erreicht ist, haben sich größere Bevölkerungsteile bereits innerlich von dem System verabschiedet, das alle gesellschaftlichen Bereiche vereinnahmt zu haben scheint: Alle etablierten Parteien, die Gewerkschaften sowieso, die Chefetagen und somit das veröffentlichende Personal der Medienorgane, die großen Kirchen, Wohlfahrtsverbände, NGOs und die überwiegende Zahl der gut verdienenden Pöstcheninhaber der großen Wirtschaftsunternehmen. Wer nicht Teil des festeren Filzes ist, klatscht mit oder hält zumindest die Klappe. Die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel und werden nach dieser Regel auch schnell abgestraft, wenn befürchtet werden muß, dass ihr Beispiel Schule machen könnte.

Exempel wurden bekanntlich genug statuiert, sodass die Warnung sicher überall angekommen ist und auch seine beabsichtigte Wirkung zeigt. Wer nicht mitspielen möchte, wer seinen eigenen Verstand benutzt, der einen dann zu einem abweichenden Ergebnis führt, als vorgegeben wurde, der fühlt sich in dieser Zeit isoliert. Was soll man denn machen? Man hat Familie, möchte seinen Job, seinen Ruf, möchte soziale Bindungen nicht verlieren. Man möchte keinen Ärger mit den einen Radikalen und mit den anderen Radikalen möchte man nicht in eine Schublade gesteckt werden. Hinzu kommt das, was Elisabeth Noelle-Neumann „Schweigespирale“ genannt hat: Die menschliche Neigung, seine eigene Meinung nach der angenommenen Mehrheitsmeinung

auszurichten. Jünger beschreibt eine Person mit abweichender Meinung:

Die Absicht unseres Mannes ist vielleicht gar nicht so eigenartig, sie mag von vielen anderen geteilt werden, wahrscheinlich von bedeutend mehr als von den erwähnten zwei Prozenten der Wählerschaft. Dagegen sucht die Regie ihm vorzuspiegeln, daß er einsam sei. Und nicht nur das – die Mehrheit soll nicht nur ziffernmäßig imponieren, sondern auch durch die Zeichen moralischer Überlegenheit. (Waldgang, Kapitel 4)

Das schrieb der Schriftsteller lange vor Noelle-Neumann, noch länger vor der Machtübernahme der Gutmenschen. Diese Mechanismen sind bekannt und werden von den Herrschenden heute systematisch genutzt.

Internetseiten wie PI, das Erstarren der sozialen Medien wie Twitter und Facebook zeigen den Menschen, dass sie eben nicht alleine sind mit ihrer abweichenden Meinung. PEGIDA bricht dieses System des Schweigens auf der Straße, macht den gesellschaftlichen Widerspruch endgültig unabstreitbar. Deshalb bekämpft man sie – überwiegend mit unredlichen, gar mit kriminellen Mitteln.

Die Partei AfD, als einzige Opposition, hat sich aus diesem deutlich gewordenen Widerspruch entwickelt und gibt ihm parteipolitisches Gewicht. Wo aber Geld und Macht ins Spiel kommen, da tauchen auch Versuchungen auf, die nur der individuellen Sache dienen.

Man sollte sich jedoch nicht zu sehr auf Institutionen verlassen, so schreibt auch Jünger:

Die große Gefahr liegt darin, daß der Mensch auf diese Hilfen sich zu fest verlässt und hilflos wird, wo sie ausbleiben. Jeder Komfort muß bezahlt werden. Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach. (Waldgang, Kapitel 11)

Was sind also Waldgänger? Diese Frage muß sich jeder selbst beantworten, nach der Lektüre des Buches. Mit relativ großer Wahrscheinlichkeit gehören viele Leser dieses Textes zu dieser Gruppe, wenn Sie merken, dass etwas nicht mehr stimmt in diesem Staat und Widerstand angesagt ist. In der Identitären Bewegung zum Beispiel, finden sich echte Waldgänger. Jünger bemüht das Bild des Schiffes und des Waldes:

Der Einzelne steht nicht mehr in der Gesellschaft wie ein Baum im Walde, sondern er gleicht dem Passagier in einem sich schnell bewegenen Fahrzeug, das ‚Titanik‘ oder auch Leviathan heißen kann. Solange das Wetter gut ist und die Aussicht angenehm, wird er den Zustand minderer Freiheit kaum gewahren, in den er geraten ist. (Waldgang, Kapitel 13)

Der Waldgänger bezeichnet nicht automatisch den Einsiedler in seiner Waldhütte, der mit der Gesellschaft nichts mehr zu tun haben will, der sich zurückgezogen, abgesetzt hat. Der Waldgang ist zunächst eine innere Haltung, die jedoch den Willen zum Widerstand voraussetzt. Kapitulation ist nicht Waldgang. Auch wird nicht gefordert, sich heroisch zu opfern, vom Gegner unsinnig aufreiben zu lassen. Das dient der Sache nicht und wäre Verschwendung von Potential. Das „Schiff“, das Freiheit einschränkt, ist metaphorisch zu verlassen, Jünger warnt vor einem Aussteigen auf hoher See:

Daher ist es auf alle Fälle rätlich, an Bord und an Deck zu bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß man mit in die Luft fliegt. (Waldgang, Kapitel 17)

Der Waldgänger ist also kein Aussteiger. Er soll sich nicht sinnlos opfern, ist auch kein Märtyrer. Die Gesamtheit der Waldgänger wird jedoch als Garant der Freiheit gegenüber einem übermächtig scheinenden System beschrieben. Die Freiheit des Waldgängers ist nicht die rein protestierende oder emigrierende Freiheit, sondern „eine Freiheit, die den Kampf aufnehmen will“. Ihm ist bewusst, dass der Gegner nicht mit

redlichen Mitteln kämpfen wird:

Er erwartet nicht, daß der Feind Argumente gelten lässt, geschweige denn ritterlich verfährt.“ (Waldgang, Kapitel 26)

Nein, das tut er wahrlich nicht, wobei wir wieder bei der Überschrift wären. Die Bezeichnung „Zeitalter der Anbräuner“ stammt aus Jüngers Goethepreis-Rede von 1982 – auch diese Rede ist hochaktuell. Was wir heute als Nazikeule kennen, hat Jünger schon damals in treffenderen Worten beschrieben „Dem Zeitalter des Anstreichers ist das Zeitalter der Anbräuner gefolgt“, (hier ab Minute 3:18):

Das letzte Wort dieses Textes soll wieder Ernst Jünger haben, der wohl eine Glaskugel besessen haben muß, die ihn in unsere Zeit hat blicken lassen:

Die Massen werden der Propaganda folgen, die sie in ein technisches Verhältnis zu Recht und Moral versetzt. Nicht so der Waldgänger. Es ist ein harter Entschluß, den er zu fassen hat: auf alle Fälle sich die Prüfung dessen vorzubehalten, für das man von ihm Zustimmung verlangt. Die Opfer werden bedeutend sein. Jedoch verbindet sich mit ihnen auch ein unmittelbarer Gewinn an Souveränität. Die Dinge liegen freilich so, daß dieser Gewinn nur von den wenigsten als solcher empfunden wird. Herrschaft wird aber nur von jenen kommen können, denen die Kenntnisse der menschlichen Urmaße erhalten blieb und die durch keine Übermacht zum Verzicht auf menschliches Handeln zu bringen sind. Wie sie das leisten, bleibt eine Frage des Widerstandes, der durchaus nicht immer offen geführt werden braucht. Das zu verlangen gehört zwar zu den Lieblingstheorien der Unbeteiligten, bedeutet aber praktisch wohl das gleiche, als wenn man die Liste der letzten Menschen den Tyrannen auslieferte. Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die

sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen. (Waldgang, Kapitel 30)

» Der Waldgang von Ernst Jünger, [erhältlich um 12,95 Euro beim Verlag Antaios](#)



Orban greift durch: Illegale werden interniert

☒ Mit den Stimmen der Regierungspartei Fidesz und jener der oppositionellen Jobbikpartei beschloss das ungarische Parlament mit großer Mehrheit von 138 zu 22 Stimmen bei sechs Enthaltungen am Dienstag die Internierung aller im Land aufhältigen und zukünftigen sogenannten „Flüchtlinge“. Ungarn will an der geschlossenen [Grenze zu Serbien Container aufstellen](#), wohin alle derzeit landesweit auf Unterkünfte verteilte Asylforderer gebracht und bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens festgehalten werden sollen. Ministerpräsident Victor Orban (Foto) sieht das als einen Teil den „Belagerungszustand“ seines Landes unter Kontrolle zu halten. Die Regierung begründet, die von der UNO sofort attackierte Entscheidung auch mit der steigenden Terrorgefahr durch die Eindringlinge. Orban sieht in der Migration das „trojanische Pferd des Terrorismus“.

(Von L.S.Gabriel)

Nicht nur die auch für „minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ geltende Internierung der Invasoren, sorgt für Aufregung seitens der Asyllobby, sondern auch die weiteren Maßnahmen zur Verschärfung der Asylgesetze. Wenn ein Illegaler sich weigert seine Fingerabdrücke abzugeben, sich nicht fotografieren lassen oder keine Angaben zur Feststellung seiner Identität machen will haben die Behörden das Recht das Asylverfahren sofort einzustellen. Ungarn bekräftigt auch einmal mehr, dass illegaler Grenzübertritt eine schwere Straftat ist. Bei uns fällt das ja mittlerweile unter Kavaliersdelikt bis hin zu nicht strafwürdig. Die Polizei ist nun auch ermächtigt illegal ins Land eingedrungene Personen überall und jederzeit sofort festzunehmen und nach Serbien auszuweisen.

An der durch einen Zaun versperrten Grenze zu Serbien gibt es in den Grenzorten Röszke und Kelebia derzeit zwei Möglichkeiten nach Ungarn einzureisen, was die Behörden aber auf maximal zehn Personen pro Tag begrenzt haben. Die Transitzone künftig zu verlassen wird vor Abschluss eines positiven Asylverfahrens nur mehr in eine Richtung, nämlich nach Serbien möglich sein. Das Gesetz sieht auch eine verkürzte Einspruchsfrist von drei Tagen vor, die mit einer Beschleunigung der Verfahren begründet wird, danach müssen die Invasoren Ungarn unverzüglich verlassen. Es besteht die Möglichkeit einen zweiten Antrag zu stellen. Wird dieser auch negativ beschieden, wird nicht nur sofort absolut jede Versorgung eingestellt, die Eindringlinge werden auch verpflichtet alle angefallenen Kosten des Verfahrens zu übernehmen.

Die Vereinten Nationen (UNHCR) reagierten mit Schnappatmung auf das Gesetz. Man sei zutiefst besorgt heißt es. In der Praxis bedeute das, dass jeder Asylsuchende, einschließlich der Kinder, in Transportbehältern, die von einem hohen Rasiermesser-Zaun an der Grenze umgeben seien, für längere

Zeit festgehalten würde. Außerdem verletzen die neuen Bestimmungen die Verpflichtungen Ungarns nach internationalen und EU-Gesetzen und würden „schreckliche körperliche und psychologische Auswirkungen auf Frauen, Kinder und Männer haben, die bereits sehr gelitten hätten“, formuliert die Asylindustrie in persona der UNHCR [ihr theatrales Statement](#).

Wie die autochthonen Bevölkerungen Europas unter der Gewaltherrschaft der Invasoren leiden kümmert die Verantwortlichen offenbar nicht. Das haben wir im Sinne des globalen linken Multikultiwahns auszuhalten.

Victor Orban selbst war bei der Abstimmung am Dienstag nicht im Parlament anwesend, er zog es vor, derweil bei der Angelobung frisch ausgebildeter „Grenzjäger“ eine Rede zu halten und sie auf seinen Kurs gegen Invasion und für sein Land einzuschwören.

Natürlich sind die Zahlen Ungarns nicht mit unseren zu vergleichen. Derzeit befinden sich rund 600 Asylforderer im Land und auf serbischer Seite lagern etwa 7.000, um weiterreisen zu können. Dennoch zeigt Ungarn einmal mehr, dass es möglich ist, sich dem linken Untergangsdiktat zu widersetzen und eigene, nationale Wege zu gehen.



Haldern: Afromob verletzt Polizisten schwer

✘ Erst am Freitag kamen sie im ehemaligen Bundeswehrdepot Haldern an – 18 afrikanische Gäste der Kanzlerin. Schon bei der Ankunft ließen sie keine Zweifel daran, dass ihnen die Unterkunft nicht genehm war – nur Landschaft, keine urbanen Belustigungsstätten, schlechter Handyempfang. Die Hälfte der „Schutzsuchenden“ weigerte sich erst einmal gleich den Bus überhaupt zu verlassen. Gegen 21 Uhr sorgte dann die zu Hilfe gerufene Polizei dafür, dass die mit Deutschland Unzufriedenen doch in die Unterkunft gingen. Am Samstag besorgten sich acht Männer aus Togo und Ghana nicht nur Alkohol im Supermarkt, sondern am Rückweg auch gleich Eisenstangen und Latten. Dann ließen sie ihrem Unmut und ihrer Gewalttätigkeit freien Lauf.

Es wurden insgesamt mehr als 30 Scheiben eingeschlagen, das Sicherheitspersonal verbarrikadierte sich, von den Gewalttätern bedroht, im Wachraum. Dass sie die Wachmänner nicht vermöbeln konnte steigerte die Wut der Negerhorde noch. Die Männer zertrümmerten die neue, vom deutschen Steuerzahler finanzierte Einrichtung. Als die alarmierte Polizei mit etwa einem Dutzend Streifenwagen eintraf wurden auch die Beamten attackiert.

Im [Polizeibericht steht](#):

Den alarmierten Polizeikräften gelang es trotz Widerstandes durch die Randalierer, alle acht Männer zu überwältigen. Ein Beamter der Bundespolizeiinspektion Kleve verletzte sich dabei schwer. Alle Personen wurden schließlich dem Polizeigewahrsam zugeführt. Ein Strafverfahren wegen Schwere Landfriedenbruchs, Widerstandes, Bedrohung, Körperverletzung und Sachbeschädigung wurde eingeleitet. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen dauern derzeit noch an.

Die „dankbaren sich nach Frieden Sehrenden“ dürfen aber weiterhin auf ein positives Ausgehen ihrer Asylanträge hoffen. Denn selbst wenn sie den Polizisten getötet hätten, hätte diese Tat nach derzeitiger Gesetzeslage keine Auswirkung auf ein laufendes Asylverfahren. (lsg)

Porträt: Guido Reil – der Wutbürger ausm Pott

„Ich glaube nicht, dass ich meine Meinung die letzten Jahre verändert hab. Vor zehn Jahren war ich mit meiner Meinung ein Linker und zehn Jahre später bin ich ein ‚Nazi‘“, sagt der Ex-Sozialdemokrat und jetzige Direktkandidat der AfD für den Essener Norden und Borbeck, Guido Reil, im JF-Film-Porträt. Herausgekommen sind 25 kurzweilige Minuten – Höcke-Kritik hin oder her – über den „Wutbürger ausm Pott“, der in seiner unnachahmlichen Art bereits bei [„Hart aber Fair“](#) für Furore sorgte und dort Peter Altmaier sehr alt aussehen ließ.



Christen in Ägypten: Geschlachtet wie Hühner



Die IS-Dschihadisten haben die am Sinai lebenden Christen als leichtes Ziel ausgemacht. Den Anfang bildete eine Mordserie, mit der die religiöse Minderheit eingeschüchtert und in Panik versetzt werden sollte. Die Folge ist ein christlicher Exodus aus dem Nordsinai.

(Ein Bericht von Karim El-Gawhary)

In der kleinen evangelischen Kirche in der ägyptischen Stadt Ismailia am Suezkanal wartet ein halbes Dutzend christlicher Familien darauf, was das Schicksal ihnen als nächstes beschert. Sie gehören zu den Christen, die in den letzten Tagen vor dem IS- Terror im Nord-Sinai geflohen sind. Die älteren sehen müde aus, sitzen auf Stühlen herum und trinken Tee. Ein paar Kinder spielen Fußball.

El-Arisch, der größte Ort im Nordsinai, aus dem sie geflohen sind, liegt weniger als zwei Autostunden von hier entfernt. Dort herrscht seit Jahren ein Krieg zwischen den militanten Dschihadisten des IS und dem ägyptischen Militär, dem bereits hunderte Soldaten zum Opfer gefallen sind. Wie viele Menschen auf der anderen Seite getötet wurden, und ob es sich dabei wirklich immer um militante Islamisten handelt, weiß niemand. Medien sind aus dem Nordsinai de facto ausgesperrt.

Vor zwei Wochen drangen dann erste Nachrichten nach Kairo, die dem Konflikt eine neue Dimension verliehen. Das war der Zeitpunkt, als die Mordserie gegen Christen begann. Anders als das Militär, sind diese im Nordsinai lebenden christlich-koptischen Familien für die Militanten ein leichtes Angriffsziel. Das Muster war immer das gleiche. Ein paar maskierte Männer suchten Christen an ihrem Arbeitsplatz oder zu Hause auf und richteten sie kaltblütig hin. Propagandistisch untermalt wurde das Ganze in Form eines neuen IS-Videos. Der Tenor lautet, die „Kampagne gegen Christen und Kreuzfahrer“ in Ägypten weiter zu verstärken, nachdem der IS bereits im vergangenen Dezember in einer christlich-koptischen Kathedrale in Kairo eine Bombe zündete, die 28 Menschen während des sonntäglichen Gottesdienstes getötet hatte.

Ein christlicher Exodus aus dem Nordsinai

Doch nun hat sich der Terror gegen Christen auf den Nordsinai verlagert. „Allein in den letzten Tagen haben sie sieben oder acht Christen umgebracht“, berichtet der koptische Gemüsehändler Adel Munir, der mit seiner Frau im Kirchenhof sitzt und vor drei Tagen nach Ismailia geflohen ist. „Sie haben uns wie Hühner abgeschlachtet. Was sollen wir da noch in El-Arisch? Sie tauchen auf einmal in deinem Haus auf, davor wartet ihr Wagen mit laufendem Motor, und dann wirst du hingerichtet“, beschreibt er die Vorgehensweise, die in den letzten Tagen zu einer regelrechten Panik unter den Christen im Nordsinai geführt hatte. Seitdem hat ein christlicher Exodus aus dem Nordsinai eingesetzt.

Binnen drei Tagen kamen hundert der 160 im Nordsinai lebenden koptischen Familien in Ismailia an. Für sie ist der Suezkanal die Trennlinie zwischen IS-Terror und Sicherheit. Das Leben sei für die Christen im Nordsinai bereits in den letzten Jahren bitter gewesen, erzählt Adel. Zunächst habe man ihm ein Stück Land geklaut, später sein Motorrad und dann wurde ihm gedroht, seine Töchter zu entführen. Immer wieder sei seine Familie als „Ungläubige“ beschimpft worden, fasst er die

letzten Jahre zusammen. ([Weiterlesen bei qantara.de](#))

Karim El-Gawhary berichtet aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens. Er ist ein 1963 in München geborener Journalist, Sohn einer Deutschen und eines Ägypters. Seit rund 20 Jahren arbeitet er als Auslandskorrespondent, hat mitten in den Tumulten, live vom „Ägyptischen Frühling“ berichtet. Seit 2004 leitet er das Nahostbüro des Österreichischen Rundfunks (ORF) in Kairo.



Mann auf offener Straße in Hamm erstochen



Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie solch eine [dpa-Meldung](#) lesen und schon etwas älter sind? Gab es früher so nicht, oder? Gefühlt nicht, wohl auch tatsächlich nicht. Den Leser, der sich an bestimmten

Merkmale geschult hat, beschleicht eine Vermutung. Messer als Waffe, vollkommene Rücksichtslosigkeit, Gleichgültigkeit angesichts der juristischen Folgen der leicht aufzuklärenden Tat. Weil es um Wichtigeres ging, vermutet man weiter, um Ehre vielleicht oder um echte Gefühle. Und weil sich da immer auch noch was machen lässt, nach der Tat, vor einem deutschen Gericht. Einige der möglichen Gedanken bei der Headline dieses Artikels:

Vor zahlreichen Augenzeugen ist ein 41-jähriger Mann in Hamm auf offener Straße erstochen worden.

Sein Sohn (21), der ihn noch zu schützen versucht habe, erlitt einen Stich in den Oberarm, sagte Oberstaatsanwalt Carsten Dombert am Sonntag in Dortmund. Die Tat habe sich am Samstag vor den Augen von Anwohnern und Spaziergängern abgespielt.

Zwei Autos seien aufeinander zugefahren. In einem Wagen habe der mutmaßliche spätere Messerstecher mit seiner Frau gesessen. Im anderen Wagen der frühere, erste Ehemann der Frau mit dem gemeinsamen Sohn. Die Autos hätten gestoppt, der 42-Jährige sei aus dem Wagen gesprungen und habe mit einem Messer auf sein Opfer, das noch am Steuer saß, mehrfach eingestochen.

Die Hintergründe seien noch unklar. Der Angreifer habe etwas in türkischer Sprache gerufen. Der Wortlaut müsse noch ermittelt werden. Bei der Obduktion seien sechs Einstiche gezählt worden, das Opfer sei innerlich verblutet. Gegen den 42-jährigen Beschuldigten wurde Haftbefehl wegen Totschlags erlassen. Er kam in Untersuchungshaft. Zu den Vorwürfen schweige er.



Kubitschek zur neuen Kampagne gegen Höcke



[...] Was ist geschehen, was ist schon wieder los? Björn Höcke, für seine Dresdner Rede vielgescholten und zurechtgewiesen, hatte im Anschluß an seinen Auftritt noch ein Interview gegeben. Anton Troianovski vom Wall Street Journal stellte Fragen nach Höckes Geschichtsbild, nach seiner Bewertung der nationalsozialistischen Ära und nach seiner Kritik an der Geschichts- und Erinnerungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Troianovski hat seinen Artikel unter der Überschrift [»The German Right Believes It's Time to Discard the Country's Historical Guilt«](#) (Die deutsche Rechte meint, es sei an der Zeit, die historische Schuld des Landes abzustreifen) bereits am 2. März publiziert. Gestern nun brachte die Junge Freiheit unter der Schlagzeile [»Höcke dementiert Äußerung zu Hitler«](#) eine Meldung über Troianovskis Beitrag. (Weiter [in der Sezession](#) / der BILD-Artikel [hier](#))

Poggenburg: Kein Wahlrecht für Asylbewerber

„Die Staatsgewalt bestimmen deutsche Staatsbürger“, sagt Sachsen-Anhalts AfD-Fraktionsvorsitzender André Poggenburg und stellt sich am 2. März im Landtag entschlossen gegen [die Forderungen](#) der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz (SPD), die Einbürgerungen und die doppelte Staatsbürgerschaft rasch möglichst vielen Eindringlingen anbieten und ein Wahlrecht für Ausländer, sogar für jene von außerhalb der EU, einführen will. Poggenburg sieht in erster Linie die Ausländer in der Pflicht der Integration und bekundet gleichzeitig mit dem [„Antrag für den Schutz des Staatsangehörigkeit“](#) den Widerstand der AfD-Fraktion gegen ein Wahlrecht und andere Bevorteilungen für Ausländer.



Ostsee: Schöner leben mit „Flüchtlingen“

☒ Das magische Wort ASYL genügt und schon öffnet sich, für jeden der will, das Tor nach Germoney. Das Ultra-All-

Inclusive-Paket auf Lebenszeit steht bereit, arbeiten braucht man nicht und verfolgt sein auch nicht, um das genießen zu können. Die illegal Eingereisten werden im ganzen Land verteilt. Wer Glück hat oder es will kann in Regionen landen, in denen die dumm-deutschen Arbeitssklaven Urlaub machen und dafür ihr sauer verdientes Geld ausgeben müssen. Zum Beispiel an der Ostseeküste im traditionsreichen Seebad Travemünde an der Lübecker Bucht. PI hat sich dort umgeschaut.

(Von Chevrolet)

Travemünde mit seinen rund 13.500 festen Einwohnern ist ein Stadtteil von Lübeck. Die traditionsreiche Hansestadt, die schon eine Ewigkeit von rot-grünen Gutmenschen beherrscht und heruntergewirtschaftet wird, liegt etwa 20 Minuten Fahrt vom Stadtzentrum entfernt.

Lübeck hat in seiner rot-grünen Verblendung begierig Horden von Asylforderern aufgenommen und sie auf das gesamte Stadtgebiet verteilt. So auch nach Travemünde, wo es 2015 mit gut 40 Invasoren begann. Die wurden zuerst auf der Priwall-Halbinsel auf der anderen Seite des Flusses Trave untergebracht, fuhren immer mit der Fähre in den Ort, um von dort den Bus nach Lübeck zu nehmen. Regelmäßige Fahrgäste berichteten schon damals von langwierigem Palaver und hysterischem Geschrei, wenn einmal ein pflichtbewusster Busfahrer tatsächlich Geld für die Fahrkarte von den Gästen der Kanzlerinnen-Darstellerin Merkel haben wollte.

Doch diese Zwangsbeglückung der mehrheitlich älteren Bewohner Travemündes reichte den Lübeckern natürlich nicht. In einer Nacht und Nebel-Aktion fand die Stadt Lübeck ein Grundstück, auf dem 363 Wohnplätze in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylforderer eingerichtet werden sollen – in nagelneuen Gebäuden.



Satte 9,3 Millionen Euro kosten die U-förmigen Komplexe mit Zimmern für jeweils vier Personen, Gemeinschaftsküchen und -Bädern. Immerhin 25.600 Euro pro Platz darf der Steuerzahler für die Moslem-Party der Kanzlerin berappen.

2015 gab es, wohl eher alibihalber, eine Informationsveranstaltung, bei der die Anwohner vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Einzig der Bau der Wohnanlage dauerte länger, weil es wegen Planungsfehlern zu einem Baustopp kam.

Interessant ist der Standort der Unterkunft an der Ostseestraße. Diese begrenzt ein größeres Wohngebiet mit Reihenhäusern, Seniorenwohnungen und einem Pflegeheim:



Viele ältere Menschen, auch mit Rollatoren, sind dort unterwegs oder haben kleine, ebenerdige Gärten oder Terrassen. Das Pflegeheim gar ist nur gerade ein paar Meter vom Haupteingang der Landnehmer-Anlage entfernt.

Noch wirkt es ruhig und friedlich: links die Massenunterkunft, recht Wohngebiet und Pflegeheim:



Zudem gibt es das Pommernzentrum, ein Veranstaltungszentrum der Pommerschen Landsmannschaft. Wenige Meter entfernt stehen jetzt die Gebäude für die „südländischen“ Schätzchen der Kanzlerin.

Die jungen Herren residieren nobel: unverbaubarer Blick gen Süden über die Felder in ruhigster Lage. Den hatten früher die Bewohner vieler Häuser. Jetzt dürfen sie die Asylforderer betrachten. Ein eigens aufgeschütteter Lärmschutzwall zur wenig befahrenen Straße tut ein Übriges, um die Ruhe nicht zu stören.



Den Luxus von Lärmschutz genießen die deutschen Nachbarn natürlich nicht:



Die Bewohner der Wohnungen, also diejenigen „die schon länger hier leben“ (vormals: Deutsche) haben dieses Glück nicht.

So werden die jungen Herren kein Problem haben das Stadtbild zu bereichern. Die ersten, die in diesen Tagen einzogen, lungern, wie zu beobachten ist, bereits jetzt auf den Übergängen zwischen den Häusern herum. Die Fahrradständer, die aufgestellt wurden, bleiben ungenutzt, man wirft das Fahrrad lieber dorthin wo man gerade damit zum Stehen kam.

Auf den Übergängen zwischen den Häusern lungern die jungen Herren schon herum. Die Fahrräder werden abgestellt wo es gerade passt:



Die ersten, die einzogen, waren Merkel-Gäste, die zuvor in einer Turnhalle untergebracht waren. Dort kam es zu einem „Matratzenbrand“, wie das lokale Anzeigenblatt politikkorrekt schrieb, sodass die gelangweilten Herrschaften besonders schnell umziehen mussten und dann in der piekfeinen größten Asylforderer-Unterkunft der Stadt einziehen konnten.

Noch sind es wenige „Schutzsuchende“, die dort eingezogen sind, aber es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis 400 Mohammedaner die neuen schmucken Häuser in Besitz und die Macht im Stadtteil übernehmen. Der Weg ins Travemünder Zentrum ist nicht weit, und Lübeck ist schnell mit Bus oder Bahn erreicht, genauso die Moschee im benachbarten Stadtteil Kücknitz.

Die Tagestouristen und Urlauber dürften sich in der bald

beginnenden Saison über das neue oh ach so bunte Travemünde freuen, das sich durch die jungen Herren stark verjüngt, denn bisher dominierten wohlhabende Rentner den Ort, der deutlich höhere Mieten aufweist als Lübeck.

Betreut werden die jungen Herren von den üblichen Profiteuren der Asylflut, dem Rotem Kreuz und den Johannitern. Neue Betätigungsmöglichkeiten eröffnen sich für die Illegalen auch. Nachts wird an den Unterkünften kein Aufsichtspersonal am Ort sein, wie Presseberichten zu entnehmen war. Zwar hat Travemünde eine kleine Polizeistation, die aber nur an ein paar Nächten in der Woche besetzt ist. Sonst muss die Polizei aus dem 10 Minute Fahrt entfernten Stadtteil Kücknitz kommen. Die Gäste der Kanzlerin wird es freuen...